

Demokratie **Leben!**

Handlungs- konzept

der Stadt Minden

zur Förderung der
Lokalen Partnerschaft für Demokratie
im Rahmen des Bundesprogramms
„Demokratie leben! Demokratie fördern.
Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“

Neunte Fortschreibung für 2026

Minden 

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **Leben!**

Inhalt

- | | |
|---|----------|
| 1. Einführung, Historie, Selbstverständnis und Struktur | Seite 3 |
| 2. Situation in Minden im November 2025 | Seite 7 |
| 3. Rückblick und Projekte 2024 / 2025 | Seite 11 |
| 4. Feedback zur Arbeit der Partnerschaft für Demokratie | Seite 13 |
| 5. Inhaltlicher Schwerpunkt 2025:
Herausforderungen für die liberale Demokratie-
Ein Blick auf Deutschland und Minden | Seite 15 |
| 6. Umsetzung und Planung | Seite 21 |

Anhang

- | | |
|---|----------|
| Ziele, Handlungsfelder und strategischer Ansatz | Seite 22 |
|---|----------|

1. Einführung, Historie, Selbstverständnis und Struktur

Seit 2011 besteht der **Lokale Aktionsplan (LAP) in Minden**, der das Engagement der Mindener Bürger*innen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz und die Förderung einer lebendigen Demokratie mit einer aktiven Zivilgesellschaft unterstützt.

Die Anfänge dieses Engagements liegen schon in den 1960er Jahren, zum Beispiel in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, dem Versöhnungsbund oder seit den 1970er Jahren bei der Aktionsgemeinschaft Friedenswoche und den in ihrem Umfeld entstandenen Initiativen und Projekten.

Das hat die Stadtgesellschaft sowohl in ihrem Handeln als auch in ihrem Selbstbild geprägt. Im **Leitbild der Stadt Minden** aus dem Jahr 2000, das in einem breiten bürgerschaftlichen Diskussionsprozess entstanden ist, heißt es im Kapitel *„Buntes und vielfältiges Minden“*:

„Minden ist Heimat für Menschen aus unterschiedlichen Generationen, Kulturen und Religionen.“ Und weiter: *„Alle Generationen und Kulturen leben in guter Nachbarschaft zusammen und nehmen gleichberechtigt am Gemeinschaftsleben teil. ... Die freiheitlichen Traditionen aus Aufklärung und Humanismus sowie der lebendige Geist der Ökumene machen aus Minden eine menschenfreundliche und tolerante Stadt.“*

Auch die **„Stadtstrategie Minden 2032“**, die am 30.03.2023 vom Rat der Stadt Minden beschlossen wurde, hat an diese stadtgesellschaftliche Grundhaltung angeknüpft. Die in der Stadtstrategie formulierten Strategischen Ziele sollen Orientierung geben und dienen als wesentliches Instrument zur Entscheidungsfindung. Das Engagement der Stadt Minden im Rahmen des Bundesprogramms *„Demokratie leben!“* zielt auf das Strategische Ziel *„Ausgeprägter gesellschaftlicher Zusammenhalt“* ab, welches einen langfristigen positiven Effekt für die Stadt und die Stadtgesellschaft beschreibt.

Dieses Strategische Ziel wird durch mehrere Schwerpunktziele inhaltlich untermauert. Die Schwerpunktziele *„Minden praktiziert lebendige Demokratie“*, *„Minden lebt Begegnung und Austausch“* und *„Minden schätzt Vielfalt und Einzigartigkeit“* stehen in diesem Handlungskonzept im Vordergrund. Die Stadtstrategie gibt Orientierung, um *„die unterschiedlichen Gruppen zusammenzuführen und das Verständnis füreinander und für die pluralistische Gesellschaft zu stärken“*. Die im Handlungskonzept beschriebenen Maßnahmen (siehe Ziffern 3 und 6) zahlen positiv auf die Schwerpunktziele ein.

Bisherige Entwicklung

2006/2007 wurde das demokratische Gemeinwesen auf die Probe gestellt, als Neonazi-Kameradschaften aus dem benachbarten Schaumburg-Lippe in Minden aufmarschierten und in der Stadt Fuß fassen wollten.

In dieser Situation zeigte sich die Tragfähigkeit des seit Jahrzehnten bestehenden Engagements in der Stadt. Auf Initiative des damaligen Bürgermeisters trat den rechtsextremistischen Aufmärschen ein ausgesprochen breites bürgerschaftliches

Bündnis erfolgreich entgegen. Mit großer Beteiligung der Mindener Bevölkerung konnte so anlässlich von insgesamt vier Neonazi-Demonstrationen ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und menschenverachtende Ideologie gesetzt werden.

Die Partner*innen dieses Bündnisses beschlossen, in Zukunft nicht nur auf Aktionen von Neonazis zu reagieren, sondern aktiv für ein weltoffenes und demokratisches Minden einzustehen. So wurde im März 2008 das **Bündnis „Minden – Für Demokratie und Vielfalt“** gegründet, welches diese Aktivitäten von nun an gebündelt und koordiniert hat.

Für dieses Engagement wurde die Stadt 2008 von der Bundesregierung mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet.

Folgerichtig hat sich die Stadt Minden auf Initiative des Bündnisses, das sich inzwischen im Verein „Minden – Für Demokratie und Vielfalt e. V.“ eine verbindliche Struktur gegeben hatte, um Mittel aus dem 2011 gestarteten **Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN** beworben. Bis Ende 2014 konnten so im Rahmen des Lokalen Aktionsplans (LAP) zahlreiche Projekte mit Fördergeldern aus diesem Programm unterstützt werden. Mehr als 3.000 Menschen nahmen insgesamt daran teil.

Der LAP in Minden verfolgt seitdem das Ziel, dass sich viele Menschen in unserer Stadt für ein offenes und harmonisches Miteinander der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und gegen jede Art von Extremismus, besonders gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren. Dabei geht es vor allem um Prävention, weshalb auch die Themen Alltagsrassismus und Integration immer wieder in den Fokus der Arbeit rücken.

Seit dem 01.01.2015 wird die Stadt Minden aus dem **Bundesprogramm „Demokratie leben!“** gefördert. Dieses Bundesprogramm löst das Vorgängerprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ ab und zielt ausdrücklich auf die konzeptionelle Fortsetzung und Weiterentwicklung der erfolgreichen Arbeit der Lokalen Aktionspläne in Form von sogenannten **Partnerschaften für Demokratie (Pfd)**. Im Anhang (ab Seite 22) werden die drei aktuellen Handlungsfelder des Bundesprogramms "Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen" erläutert.

Selbstverständnis und Strukturen

Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen. So lauten die Kernziele des Bundesprogrammes, die gleichzeitig auch seine wesentlichen Handlungsfelder beschreiben und damit auch handlungsleitend für die Akteur*innen und ihre Projekte vor Ort sein sollen.

Die Partnerschaft für Demokratie ist entsprechend der Anlage zur Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie aufgefordert, mindestens einmal im Jahr zu einem Arbeits- und Vernetzungstreffen („Demokratiekonferenz“) einzuladen, das alle interessierten Akteur*innen anspricht. Diese Aufgabe übernehmen in der Pfd Minden die Koordinierungs- und Fachstelle (beim Verein „Minden – Für

Demokratie und Vielfalt e. V.) und das Federführende Amt (in Minden der Zentrale Steuerungsdienst im Geschäftskreis des Bürgermeisters).

Die Ergebnisse und Erkenntnisse dieser Demokratiekonferenzen fließen in das Handlungskonzept der Partnerschaft für Demokratie ein, das bei Bedarf fortgeschrieben wird. Die Umsetzung des Konzepts und ggf. erfolgende Veränderungen bzw. Ergänzungen werden durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung legitimiert.

Die Partnerschaft für Demokratie in Minden versteht sich in erster Linie als zivilgesellschaftliches Bündnis. Sie sieht sich in der Breite der demokratischen Stadtgesellschaft verankert und ist gut vernetzt und angebunden an Verwaltung und Kommunalpolitik in der Stadt. Die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie in Minden ist vom Anspruch her dynamisch und versucht auch auf aktuelle Ereignisse zeitnah zu reagieren. Das lässt sich in einem strategisch angelegten Handlungskonzept nicht unmittelbar abbilden, gehört aber grundsätzlich zum strategischen Ansatz.

Das Themenspektrum der Partnerschaft für Demokratie, die erreichten Ergebnisse und erlangten Erkenntnisse sind breit gefächert. Die Entwicklung der Demokratie vor Ort gehört ebenso dazu wie die konkrete Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder die strategische Diskussion zu den Auswirkungen des demographischen Wandels, der Verarmung von Teilen der Gesellschaft oder aktuell auch die Bedeutung des Klimawandels in diesem Kontext.

Der von dem Verein „Minden – für Demokratie und Vielfalt“ und dem externen Koordinator betriebene Treffpunkt dient seit 2011 als zentrale Anlaufstelle. Hier werden die Aktivitäten verschiedener Bündnisse und Akteur*innen gebündelt.

Mit dem Umzug des LAP-Treffpunktes Ende 2017 in die Alte Kirchstraße 1a am Friedensplatz, eine für das Mindener Engagement für Frieden, Demokratie und Vielfalt geschichtsträchtige Adresse, haben sich noch einmal neue Möglichkeiten für eine Ausweitung sowohl des Angebotes für Veranstaltungen als auch für Vernetzung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ergeben. Dies resultiert sowohl aus der zentralen Lage des Treffpunktes als auch aus der räumlichen und technischen Ausstattung.

Eine zentrale Rolle in der Partnerschaft für Demokratie in Minden spielt der Begleitausschuss (nach aktueller Förderrichtlinie das „Bündnis“). Er entwickelt Strategie und Handlungsansätze der Partnerschaft weiter und entscheidet darüber, ob Projektanträge förderungswürdig sind. Er setzt sich mehrheitlich aus Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Gruppen und Akteure zusammen. Der Begleitausschuss ist durch das Federführende Amt und die Koordinierungs- und Fachstelle gemeinsam berufen worden und wird nach Bedarf sowie Beratung im Begleitausschuss ergänzt.

Das **vorliegende Handlungskonzept in der neunten Fortschreibung** ist eine Fortschreibung der bisherigen Konzepte und basiert grundsätzlich auf den Ergebnissen aller Demokratiekonferenzen seit dem Jahr 2015 sowie den sich jeweils anschließenden konzeptionellen Überlegungen des Begleitausschusses. In 2023 ist die Grundstruktur überarbeitet worden, mit dem Ziel, den Fokus noch

deutlicher auf die aktuelle Situation und die daraus resultierenden Handlungsansätze zu lenken.

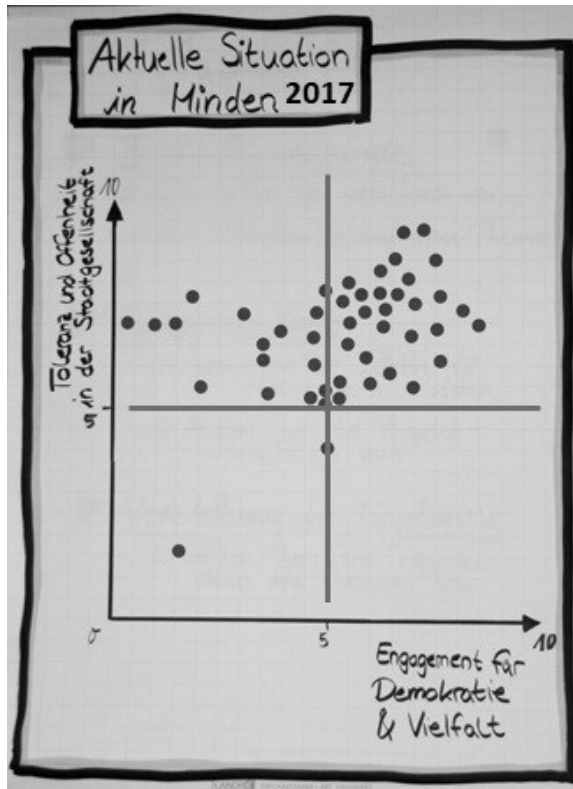
Der strategische Teil im Anhang „**Ziele, Handlungsfelder und strategischer Ansatz**“ ist grundlegend in der ersten Demokratiekonferenz in Minden als Auftaktveranstaltung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ am 13.04.2015 entwickelt worden und basiert auf dem schon zuvor entstandenen Zielsystem der Pfd in Minden. Im Nachklang der dritten Demokratiekonferenz am 06.09.2017 ist eine etwas umfangreichere Überarbeitung bzw. Anpassung dieses strategischen Ansatzes und der Zielformulierungen vorgenommen worden.

Im Rahmen des ersten Teils der Demokratiekonferenz 2024 am 23. Mai 2024 sind vor dem Hintergrund der aktuellen Situation sowie der Erfahrungen aus der bisherigen Projektarbeit sechs neue Handlungsfelder vorgestellt und bearbeitet worden. Sie bilden nunmehr den Handlungsrahmen für die Projektarbeit.

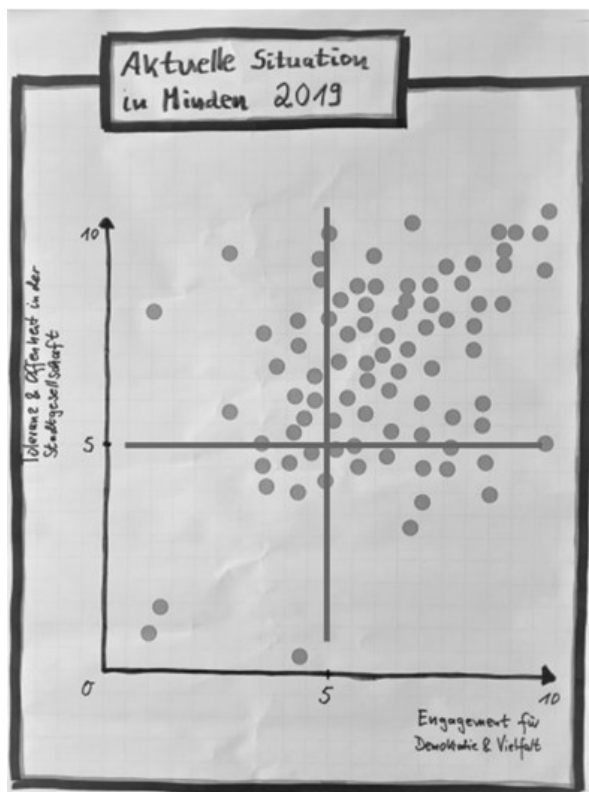
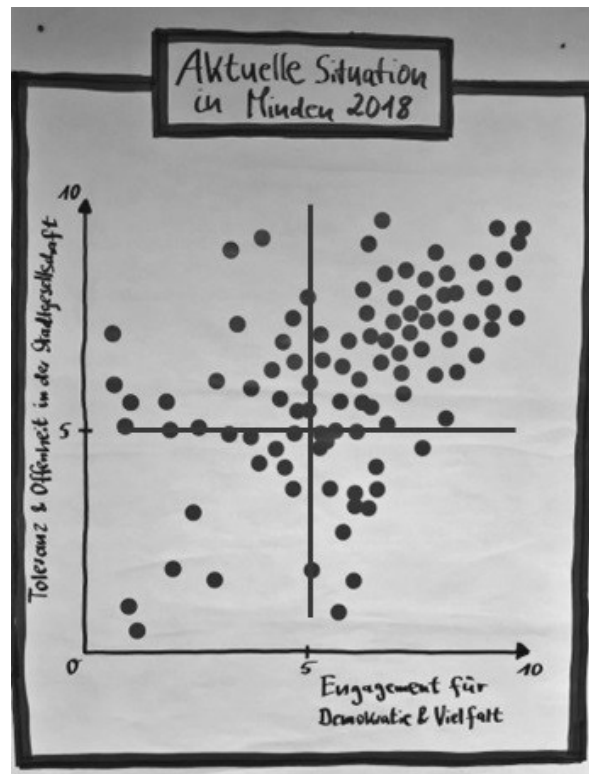
Das Handlungskonzept hat also eine fundierte und nachhaltige strategische Grundlage und nimmt gleichzeitig gesellschaftliche Veränderungen und den jeweiligen Stand der Diskussionen der Partnerschaft für Demokratie in Minden auf.

2. Situation in Minden im November 2025

Im Rahmen der dritten Demokratiekonferenz **2017** ist zum ersten Mal ein systematisches Feedback von den Teilnehmer*innen eingeholt worden.

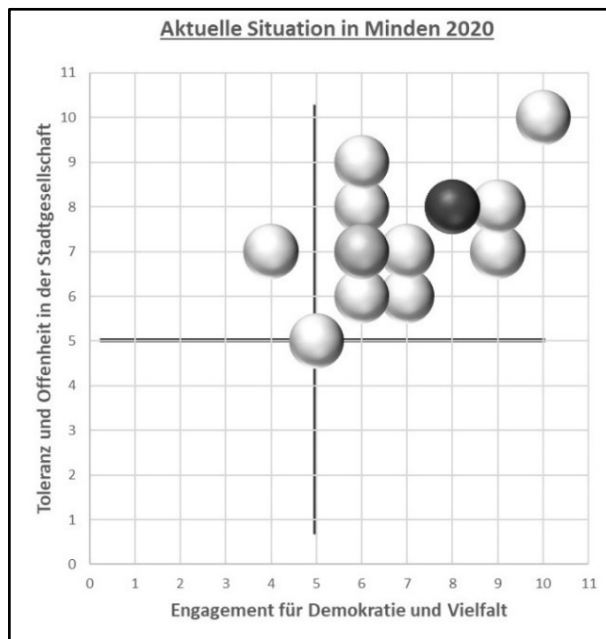


Die Besucher*innen der Konferenz sind bereits am Empfang mit einer Punktabfrage um ein **Statement zur Situation in Minden** gebeten worden. Sie sollten zum einen eine Einschätzung darüber abgeben, wie sie auf einer



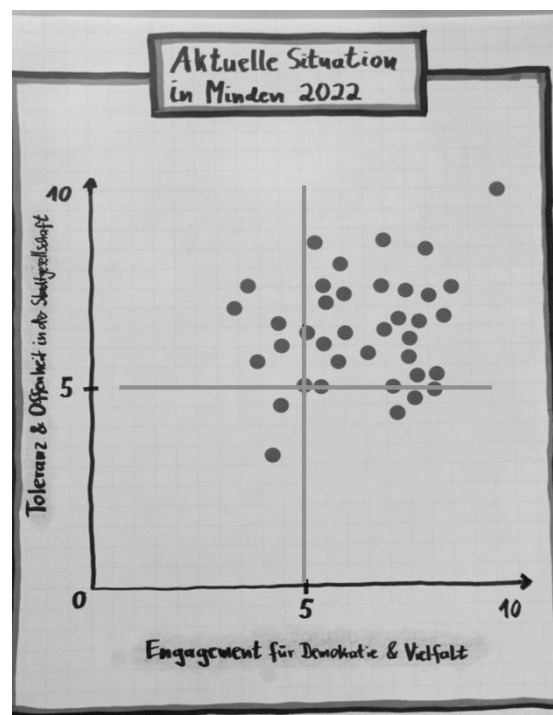
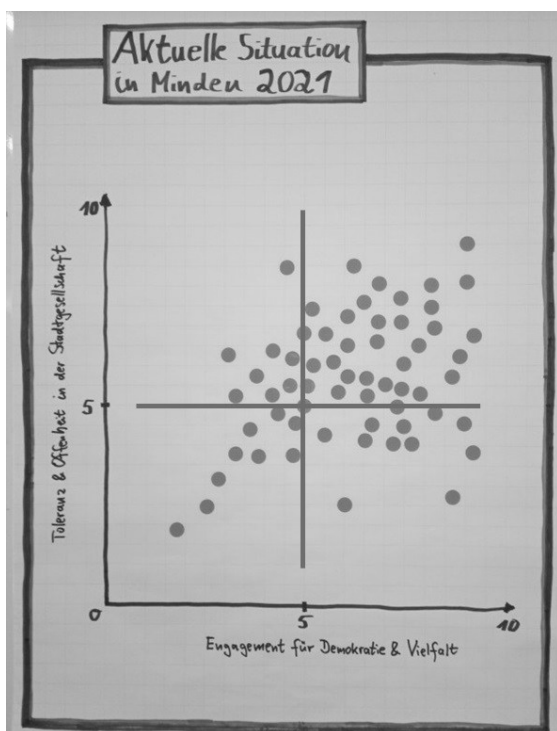
Skala von null bis zehn das Maß an Toleranz und **Offenheit in der Stadtgesellschaft** erleben und zum anderen darüber, wie sie das **Engagement für Demokratie und Vielfalt** bewerten. Um diese Einschätzung sind auch die Teilnehmer*innen der Konferenzen in den Folgejahren gebeten worden, wiederum mit einer Punktabfrage am Empfang im Rahmen der Akkreditierung. So kann eine Entwicklung in den Einschätzungen von Jahr zu Jahr dargestellt werden.

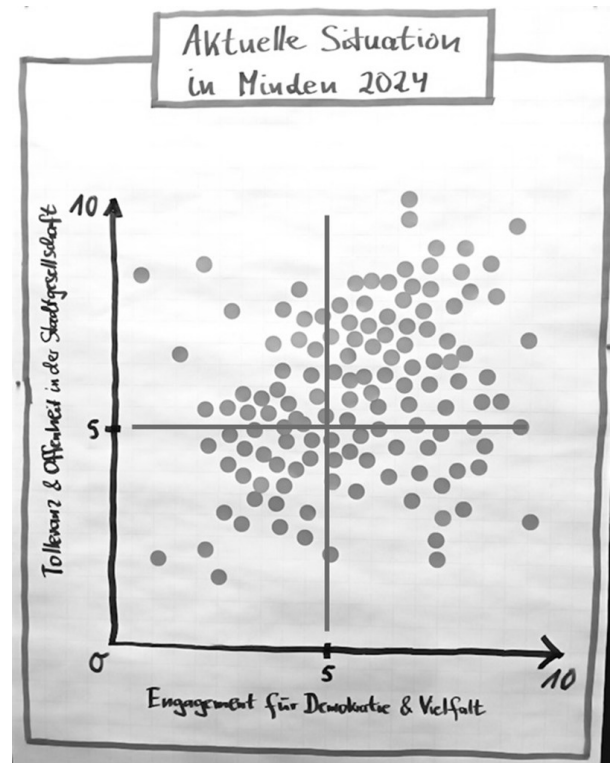
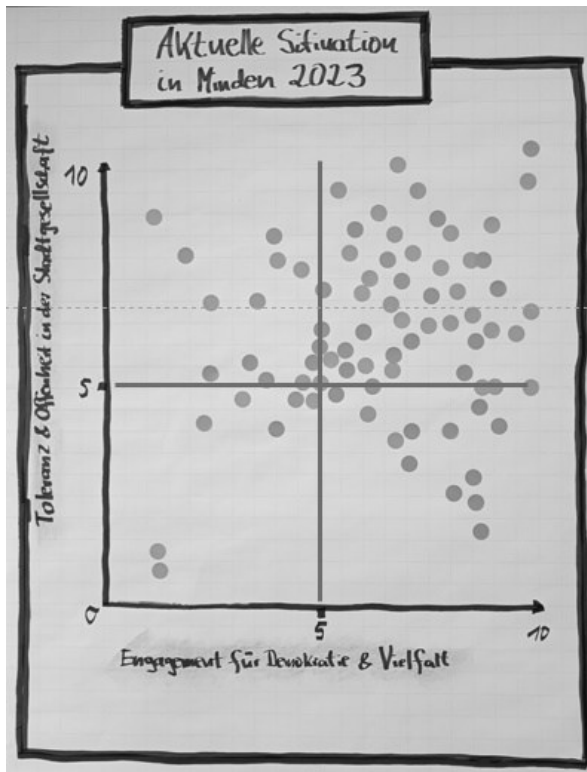
Für die Demokratiekonferenz **2020** war vor dem Hintergrund des Online-Formates eine Punktabfrage wie in den Jahren zuvor natürlich nicht möglich. Im Rahmen des Anmelde- und Registrierungsverfahrens sind deshalb die Teilnehmer*innen gebeten worden, die beiden Fragen zu ihrer Einschätzung der Situation in Minden auf einer Befragungsplattform im Internet zu beantworten. Die Antworten sind dann zusammengefasst und in einem Diagramm grafisch dargestellt worden, um eine Vergleichbarkeit mit den



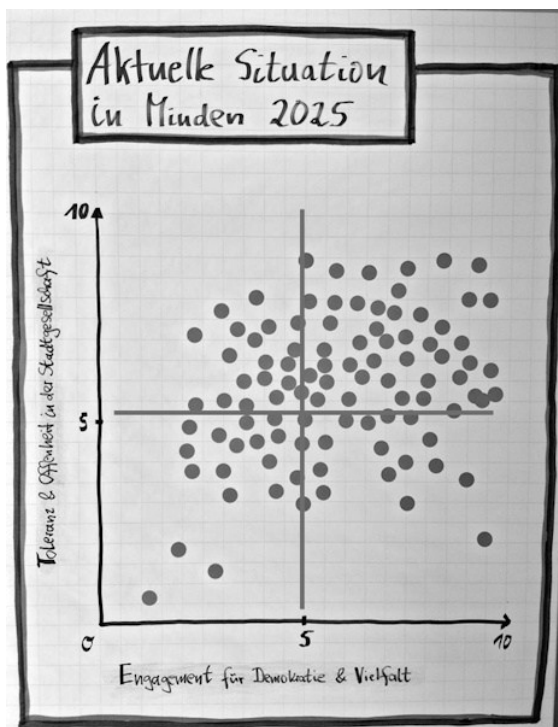
Punktabfragen der Vorjahre zu ermöglichen. Die dunkler eingefärbte Kugel im Diagramm kennzeichnet den Schwerpunkt der Antworten. Die deutlich geringere Teilnehmerzahl in 2020 macht einen Vergleich mit den Jahren 2017 bis 2019 nur bedingt möglich.

Ab 2021 haben die Teilnehmer*innen dann wieder mit einem geklebten Punkt ihre Einschätzung zur Situation in Minden abgeben können. Die Anzahl der Besucher*innen machte nun auch wieder einen sinnvollen Vergleich mit den Vorjahren möglich.





Die Besucher*innen der Demokratiekonferenz schätzen in ihrer Mehrzahl auch in 2025 Toleranz und Offenheit in der Stadtgesellschaft als überwiegend hoch ein. Wie jedoch schon in 2024 gibt es im Vergleich zu den Vorjahren allerdings einen deutlichen stärkeren Anteil, der das nicht so positiv sieht. Die Entwicklungen der letzten Monate und Jahre, wie z. B. die Wahlergebnisse bei der Kommunalwahl



im Herbst 2025 der als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuftes AfD, hinterlassen hier erkennbar ihre Spuren. Es finden sich allerdings nach wie vor nur sehr vereinzelte Voten, die hier sehr niedrige Werte (< 3) setzen.

Auch die Einschätzung des Engagements für Demokratie und Vielfalt fällt nach wie vor überwiegend hoch aus. Seit zwei Jahren gibt es allerdings auch hier einen steigenden Anteil von Einschätzungen, die das eher pessimistisch sehen. Die Ursachen hierfür sind möglicherweise in einer gewissen Ermüdung zu sehen. Diskurse in der Partnerschaft für Demokratie oder anderen demokratiefördernden Initiativen und Kontexten lassen darüber hinaus auf eine

weitere Ursache für dieses Votum schließen: Wenn demokratiekritische Narrative (und in der Folge auch demokratiefeindliche Parteien) immer stärker werden, wie es scheint, kann das Engagement für Demokratie und Vielfalt offensichtlich noch nicht ausreichen.

Sicher hat auch die hohe Anzahl und damit auch eine größere Heterogenität der Besucher*innen der Demokratiekonferenzen 2024 und 2025 dazu beigetragen, dass ein differenzierteres Bild entstanden ist. Das stadtgesellschaftliche Selbstbild im Spiegel der Teilnehmer*innen der Demokratiekonferenz ist somit breiter aufgestellt und drückt möglicherweise auch den Wunsch nach stärkerem und breiterem Engagement sowie die Sorge über eine Zunahme demokratie- und menschenfeindlicher Haltungen auch in Minden und Umgebung aus.

Auch der **Rückblick durch die Koordinierungs- und Fachstelle** stellt weiter eine Zunahme von Aktivitäten demokratiefeindlicher und extremistischer Haltungen fest. Insoweit hat sich die Entwicklung der letzten Jahre fortgesetzt.

Die Aktivitäten der auch gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene wie etwa die sogenannten „Mindener Jungs“ gehören weiterhin zum Gesamtbild. So stellt etwa der Verfassungsschutzbericht des Landes NRW aus 2022 im Abschnitt „Subkulturell geprägter Rechtsextremismus“ fest: *„Weiterhin sind die Mindener Jungs als regionale subkulturelle Gruppierung seit vielen Jahren aktiv. Bei den Mitgliedern handelt es sich überwiegend um langjährige Szeneangehörige. Gegen eine Führungsperson wird derzeit strafrechtlich ermittelt, weil diese im November und Dezember 2022 eine in der Zivilgesellschaft engagierte Person bedroht haben soll.“*

An dieser Situation hat sich auch in 2025 nichts geändert.

Die Übergänge dieser Neonaziszene ins rechtsradikale und rechtspopulistische Milieu sind zumindest inhaltlich fließend. So berichtet das Bundesamt für Verfassungsschutz im Juni 2024: *„Die Akteure der Neuen Rechten sind untereinander gut vernetzt. In den letzten Jahren beobachtet das BfV zudem zunehmend eine Vernetzung von Akteuren der Neuen Rechten mit extremistischen Akteuren der „Alternative für Deutschland“ (AfD, Verdachtsfall) und Personen aus rechtskonservativen, bisher nicht als verfassungsschutzrelevant eingestuften Kreisen.“*

Die bundesweit festzustellende und zunehmende Nähe von Rechtspopulist*innen zu Rechtsextremist*innen bis in die (gewaltbereite) Neonazi-Szene hinein ist auch in Minden zu beobachten.

3. Rückblick und Projekte 2024 / 2025

Im Rückblick auf die vergangenen Monate seit der letzten Demokratiekonferenz im November 2024 stellt Marcel Komusin von der Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) der Partnerschaft für Demokratie die Schwerpunkte und Projekte vor. Auch für das Kalenderjahr 2025 war in den ersten Monaten des Jahres aufgrund der Haushaltssituationen in Bund und Kommune keine Projektförderung möglich.

Dennoch gab es auch in dieser Zeit wieder zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten der Koordinierungs- und Fachstelle und anderer Akteur*innen:

- **Ron Segal – Jeder Tag wie heute**
(Minden – Für Demokratie und Vielfalt e.V.)
- **Gedenken an den 09. November im Großen Rathaussaal der Stadt Minden**
(Minden - Für Demokratie und Vielfalt e.V. in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Minden e.V.)
- **Zeitungsprojekt an einer Schule für mehrere hundert Schülerinnen und Schüler**
(Minden – Für Demokratie und Vielfalt e.V.)
- **Jugend-Demokratiekonferenz 2025 & Filmreihe des Jugendforums**
(Jugendforum „Politik für Morgen“)
- **Theateraufführung an einer weiterführenden Schule**
(Minden – Für Demokratie und Vielfalt e.V.)
- **Workshop über Männlichkeitsbilder an einer Mindener Schule**
(Minden – Für Demokratie und Vielfalt e.V.)
- **Rassismus-kritischer Workshop für den U12-Bereich**
(Minden – Für Demokratie und Vielfalt e.V.)
- **Weitere Aktionen**
 - Führungen zu Orten der Demokratie mit Vorträgen vor Ort
 - Vorträge + Workshops der KuF zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Verschwörungserzählungen,
 - Unterstützung (liberal-) demokratischer Akteure
 - Unterstützungs- und Beratungssprache
 - Vernetzungsarbeit
 - Weiterbildung
 - Mindener Bündnis
- **... und sonst noch:**
 - Kiezküche
 - Social Media-Arbeit

- Dokumentation extrem rechter und weiterer menschenfeindlicher Vorfälle
- Begleitung der wöchentlichen Demokratie AG an der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule Minden

In den Räumlichkeiten der Partnerschaft für Demokratie am Friedensplatz finden, über die Arbeit der Koordinierungs- und Fachstelle hinaus, viele Aktivitäten statt, die mit der Förderung von Demokratie, Vielfalt und Toleranz in Zusammenhang stehen.

Hier trifft sich regelmäßig das Mindener Jugendforum, engagierte Nachbar*innen tauschen sich aus, Ukrainerinnen nutzen die Räume zur Vernetzung, der Streetworker führt vor Ort Beratungen mit seinen Klienten durch, um nur einige Beispiele zu nennen.

Aktuelle Kooperationen (Auswahl):

- Weserkolleg Minden
- Mindener Tageblatt
- Jüdische Kultusgemeinde Minden
- Besselgymnasium Minden
- Ratsgymnasium Minden
- KTG Minden
- Amtsgericht Minden
- VHS Minden/Bad Oeynhausen
- Stadtbibliothek Minden
- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Minden e.V.
- Eine-Welt-Schule Minden
- Herder-Gymnasium Minden
- Diakonie Stiftung Salem
- Omas gegen Rechts
- Stadt Minden
- Jugendforum „Politik für Morgen“
- KiTa Goebenstraße
- Kreis Minden-Lübbecke
- Kulturzentrum BÜZ
- Musikclub Papagei
- Gesichter gegen Rechts
- Freiherr-von-Vincke Realschule Minden
- Freiherr-vom-Stein Berufskolleg
- Leo-Symphor Berufskolleg Minden
- Primus-Schule Minden
- Evangelischer Kirchenkreis Minden
- Schulsozialarbeit Stadt Minden

4. Feedback zur Arbeit der Partnerschaft für Demokratie

Für das Feedback der Besucher*innen der Konferenz wurde zum vierten Mal nach 2022 ein Online-Tool genutzt. Mittels App auf dem Smartphone konnten die beiden Fragen zum Rückblick und zur Arbeit der Partnerschaft für Demokratie insgesamt beantwortet werden:

1. Was hat Ihnen gut gefallen an der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie in Minden?

- Ich finde es insgesamt gut, dass es die Partnerschaft für Demokratie in Minden gibt.
- Die Unterstützung bei der Antragstellung für die Finanzierung von Projekten.
- Den Treffpunkt am Friedensplatz
- Die klare Haltung für Demokratie und Vielfalt
- Arbeit an den Schulen
- Die Möglichkeit der Vernetzung der demokratischen Institutionen
- Die gute Begleitung bei Projektanträgen
- Persönlicher guter Kontakt mit Marcel
- Marcel Komusin
- Die unterschiedlichen kreativen Ideen der Demokratieförderung.
- Breites Themenspektrum: z.B. auch zu scheinbar (!) weniger politischen Themen, wie z.B. Männlichkeit, Queerness
- Zusammenarbeit von EhrenamtlerInnen und Menschen, die für Demokratieförderung bezahlt werden
- Demokratiespaziergang

2. Was wünschen Sie sich von der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie in Minden?

- Ich habe keine Wünsche
- Weiter so!
- Mehr Öffentlichkeit erzeugen im Alltag der Mindener Bürger.. Einkaufsfreier Sonntag/ Weihnachtsmarkt/
- Die Außenbereiche noch mehr einbinden
- Mehr Projekte in Dörfern
- Projekte für Grundschüler
- Die Angebote für Schüler/innen vertiefen
- Verstetigung von Projekten wie Hermine Katz
- Sprachsensibilität gegenüber rechten Ideologien erhöhen
- Schülerparlamente auch auf Stadtebene institutionalisieren
- Mehr Aufklärung in allen Altersgruppen

- Offene Gesprächsangebote in der Mindener Innenstadt mit Gesprächspartnern aus der Zivilgesellschaft, z.B. einmal im Monat immer am gleichen Ort: Demokratie live!
- Unabhängigkeit vom städtischen Haushalt
- Mehr Sichtbarkeit von Demokratie und Projekte in der Innenstadt für eine bessere Wahrnehmung in der Bevölkerung
- Die Gesprächsrunde mit dem Debattierclub der KTG fand ich super, das sollte weitergehen und verstetigt werden an allen Schulen mit unterschiedlichen Stakeholdern unserer Stadt.
- Die Schulen außerhalb des Stadtgebietes mit einbeziehen?

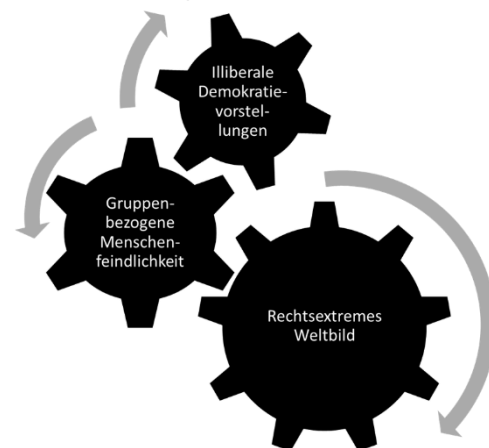
5. Inhaltlicher Schwerpunkt 2025: Herausforderungen für die liberale Demokratie – ein Blick auf Deutschland und Minden

Wie ist es um den Zustand der Demokratie in Deutschland und Minden bestellt in 2025? Die Ergebnisse der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und erste Ergebnisse der in Minden und sieben weiteren Kommunen durchgeführten Situations- und Ressourcenanalyse geben hierauf Antworten. An beiden Erhebungen hat Frau Prof. Dr. Beate Küpper maßgeblich mitgewirkt und konnte somit in ihrem Vortrag die Ergebnisse in Beziehung zueinander setzen. Drei Fragestellungen standen dabei im Fokus:

- Wie verbreitet sind also rechtsextreme, menschenfeindliche und demokratiegefährdende Einstellungen in der Bevölkerung?
- Welche Entwicklungen gibt es in Deutschland und Minden? Wie normalisieren sich rechtsextreme Einstellungen in der Mitte?
- Wo kann Demokratiestärkung ansetzen?

Gefährdung von Demokratie manifestiert sich gem. den Aurore*innen der „Mitte-Studie“ überwiegend in drei Problembereichen, die miteinander wirken und sich gegenseitig verstärken:

In gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in illiberalen Demokratievorstellungen und in rechtsextremen Weltbildern. Diese Cluster von Haltungen und Weltbildern sind erstmal eher allgemein und abstrakt, werden in den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatten und Diskursen aber schnell konkret. Zurzeit sind das vorwiegend die Themen- und Konfliktfelder



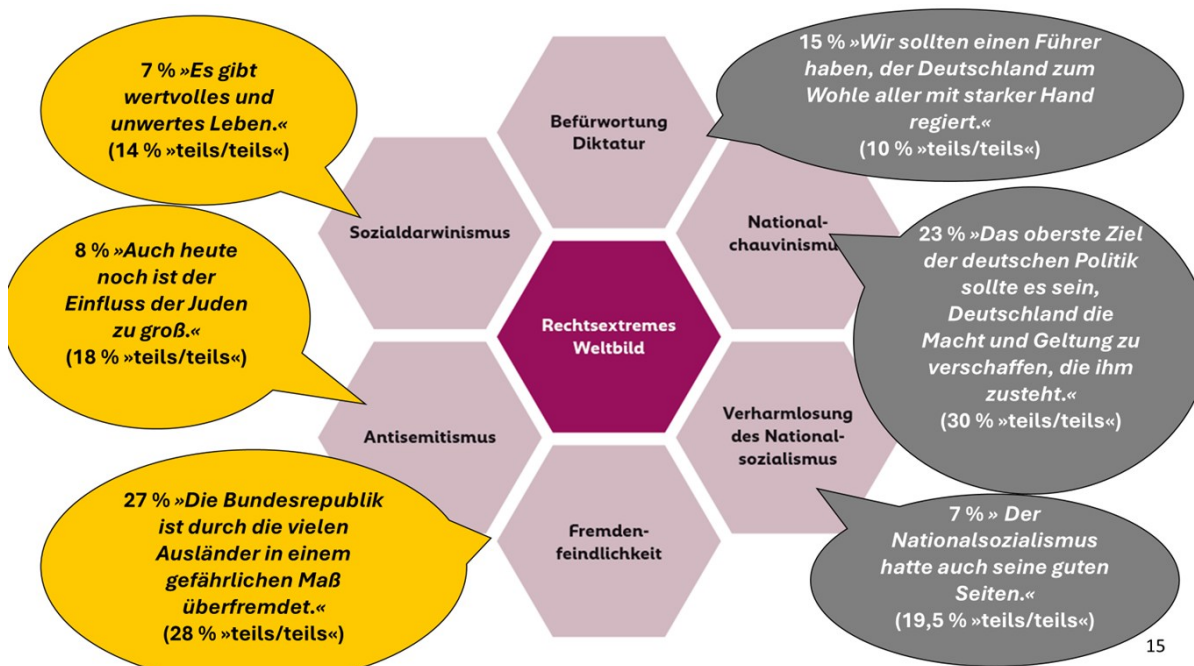
- Migration
- Geschlechtergleichstellung
- Wohlfahrt (Daseinsvorsorge, Gesundheit)
- Klima und Energiewende
- Erziehung, Bildung, Schule
- Markt und Freiheit

in denen sich nicht nur zunehmend offen demokratiekritische oder demokratiefeindliche Positionen wiederfinden, sondern die hierdurch auch für eine Normalisierung solcher Positionen und der dahinterstehenden Haltungen sorgen, bis weit in die politische und gesellschaftliche Mitte hinein.

Ein **rechtsextremes Weltbild** setzt sich nach dem Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung aus sechs Elementen zusammen, die wiederum miteinander wirken und korrelieren:

- Befürwortung von Diktatur
- Nationalchauvinismus
- Antisemitismus
- Fremdenfeindlichkeit
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

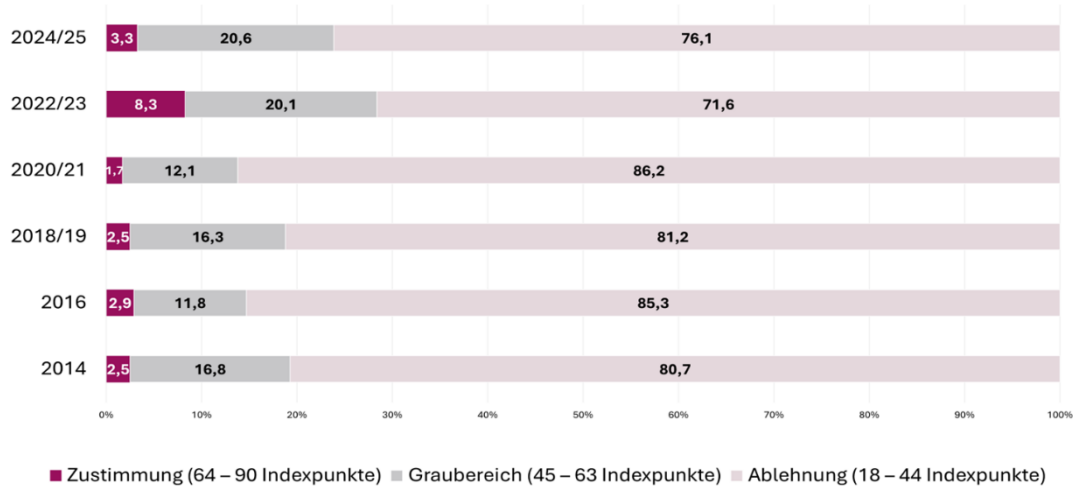
Ein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild wird danach unterstellt, wenn zu bestimmten Positionen in allen sechs Bereichen überwiegend Zustimmung erklärt wird. Beispiele hierfür finden sich in der folgenden Übersicht:



In der aktuellen „Mitte-Studie“ hat es hier bei den Befürworter*innen eines „harten“ rechtsextremistischen Weltbildes einen Rückgang im Vergleich zur Studie 2022/23 gegeben: Waren es vor zwei Jahren 8%, sind es aktuell 3,3%. Im Vergleich zu den Studien der Jahre 2014 bis 2020/21 ist es allerdings eine leichte Steigerung. Was sich aber im Vergleich zur Studie 2022/23 auf hohem Niveau stabilisiert hat, ist der sogenannte „Graubereich“. Hier finden sich die Befragten wieder, die zu den rechtsextremistischen Aussagen zumindest in großen Teilen Zustimmung signalisiert haben. Die Anzahl derjenigen, die ein rechtsextremes Weltbild überwiegend oder ganz überwiegend ablehnen, ist dadurch in den letzten zwei Jahren wieder leicht angestiegen, sie ist allerdings noch deutlich unter den Anteilen der Studien

der Jahre 2014 bis 2020/21. Hier lässt sich eine Normalisierungstendenz rechtsextremer Haltungen und Positionen beobachten.

Rechtsextremes Weltbild | Entwicklung 2014 – 2025



Für den Bereich „**Rechtsextremes Weltbild**“ lässt sich folgendes **Zwischenfazit** feststellen:

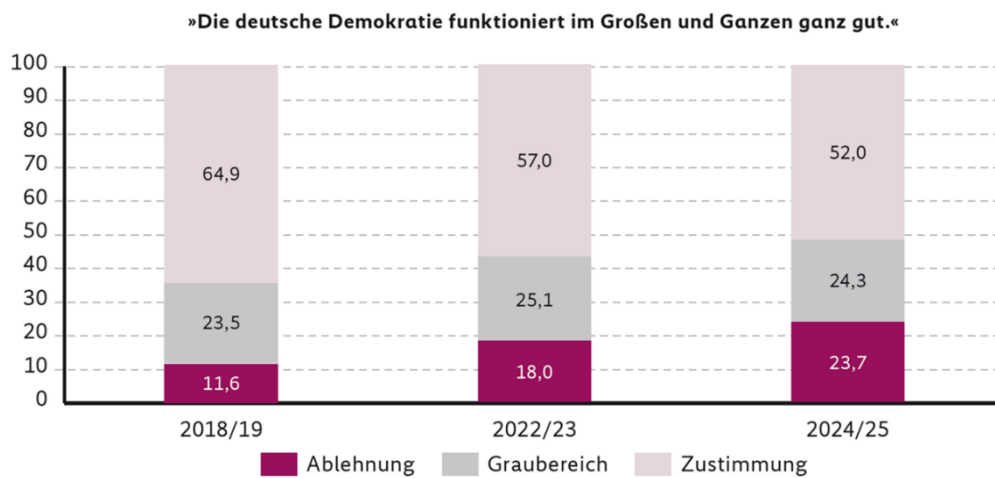
- Der Anteil der Menschen mit rechtsextremem Weltbild sinkt insgesamt. Die Zustimmung zum Nationalchauvinismus wächst.
- Der Graubereich zwischen Zustimmung und Ablehnung festigt sich. Immer weniger Befragte lehnen die Aussagen vollständig ab.
- Minden ist nach den ersten Erkenntnissen im demokratiefreundlichen Bereich, allerdings mit einigen Problemzonen und -feldern: Rechtspopulismus, Hass, rechtsextremistische Akteure.
- In der Mitte zeigt sich eine erneute Verjüngung des Rechtsextremismus.
- Die Zustimmungen zu rechtsextremistischen Positionen sind stärker als zuvor unter jenen, die ihre politischen Ansichten „rechts“ verorten, verbreitet.

80% der Befragten der „Mitte-Studie“ halten sich für überzeugte Demokrat*innen. Diese Selbsteinschätzung passt allerdings nicht immer zu den Positionierungen, die bei den Befragungen zu diesem Thema geäußert wurden. Illiberale Demokratievorstellungen finden zunehmend ihren Eingang in die gesellschaftliche und politische Mitte. Das betrifft vor allem die Haltungen zur Repräsentativität der Entscheidungsmacht in den Parlamenten und zur Liberalität gegenüber und dem Schutz von Minderheiten. Die komplexen Verfahren zur Entscheidungsfindung und zum Ausgleich von Interessen sowie zur Kontrolle von Macht werden zunehmend in Frage gestellt.

So sind zum Beispiel 52% der Befragten der Meinung, gewählte Abgeordnete sollten unter keinen Umständen vom Willen ihrer Wähler abweichen. (26 % »teils/teils«). 34% der Befragten der Befragten sind der Ansicht, dass wir im nationalen Interesse nicht allen die gleichen Rechte gewähren können. (25,5 % »teils/teils«).

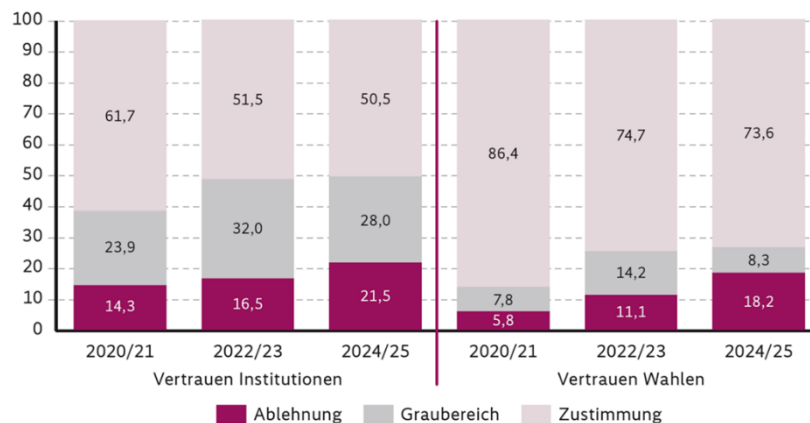
Diese illiberalen Demokratievorstellungen korrespondieren mit einem Rückgang der Zufriedenheit mit der Funktionsfähigkeit von und nachlassendem Vertrauen in Demokratie und ihre Institutionen:

Demokratiezufriedenheit Funktionsfähigkeit



9

Demokratievertrauen 2020 - 2025



Anmerkungen Aussagen im Wortlaut: »Alles in allem vertraue ich den staatlichen Institutionen wie Behörden, Gerichten und Universitäten in Deutschland.« und »Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland alles in allem korrekt ablaufen.«

10

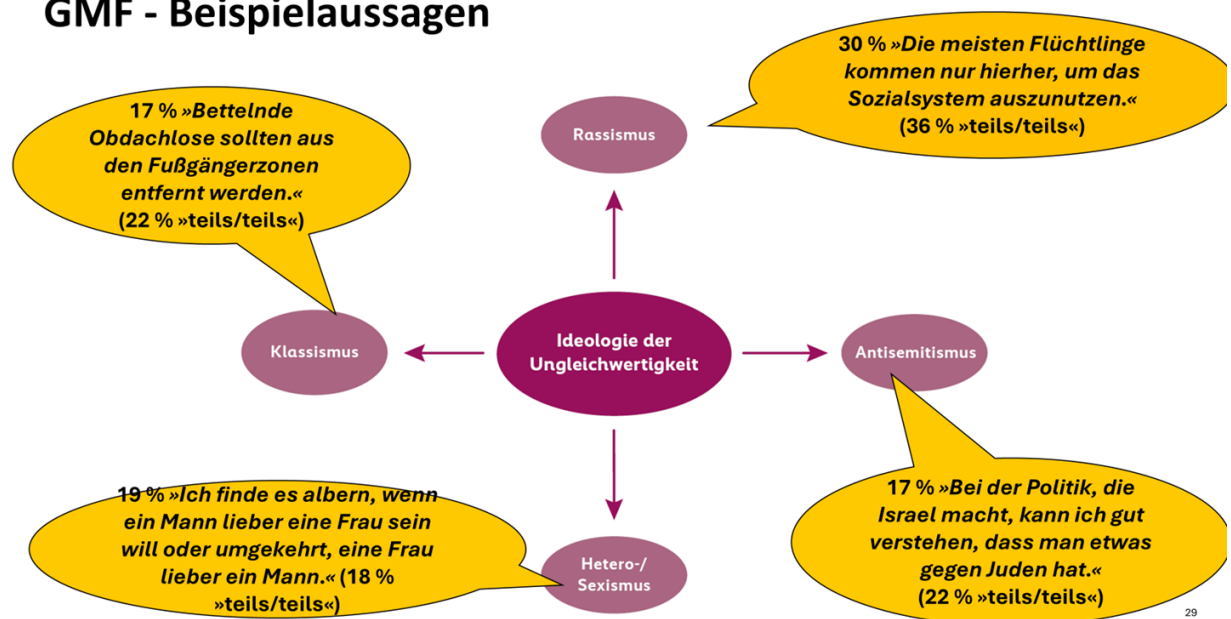
Die Zweifel an der Leistungsfähigkeit der liberalen Demokratie sind also gewachsen und das korreliert mit Demokratiemisstrauen und delegitimierenden Aussagen wie etwa „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“ (62%).

Für den Bereich der illiberalen Demokratievorstellungen kann folgendes Zwischenfazit festgestellt werden:

- Ein Viertel der Befragten hat illiberale Vorstellungen von Demokratie, die oft mit antidemokratischen Einstellungen einhergehen.
- Das Vertrauen in Institutionen und die Umsetzung demokratischer Prinzipien schwindet drastisch. Ein Grund dafür ist die schlechte Bewertung ihrer Funktionsweise.
- Diese Beurteilung öffnet für Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) basiert auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Dieses dritte demokratiegefährdende Haltungs-Cluster setzt sich im Forschungsansatz der „Mitte-Studie“ aus vier Elementen zusammen: Rassismus, Antisemitismus, Klassizismus und Hetero-/Sexismus.

GMF - Beispielaussagen



Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bleibt nach den Erkenntnissen der aktuellen „Mitte-Studie“ fest in der Mitte verankert. Fast ein Drittel der Befragten unterstellt Geflüchteten Sozialmissbrauch (36% »teils/teils«), 36% stimmen der Aussage zu, dass Langzeitarbeitslose sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen würden. 11% sind der Meinung, dass Frauen sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen sollten. Die Abwertung von Trans-Menschen hat mit 19% weiter zugenommen und jede*r vierte Befragte zeigt sich zumindest teilweise bereit, die Gleichwertigkeit von Menschen in Frage zu stellen.

Zunehmende Nützlichkeits- und Leistungslogiken verstärken diese Orientierungen und bilden hierdurch eine Brücke zur „Ideologie der

Ungleichwertigkeit“ und rechtsextremen Weltbildern. Ein Viertel der Befragten der „Mitte-Studie“ hängt inzwischen einer libertär-autoritären Ideologie an. Diese Gruppe neigt deutlich stärker zu einem rechtsextremen Weltbild (13,5%) und sogar der Billigung politischer Gewalt (19%). Sie stimmen der Aussage „Gegen politische Gegner muss man auch mal Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen“ deutlich häufiger zu als die übrigen Befragten (20% vs. 1,5%. Der leistungs- und nützlichkeitsorientierte Blick auf die Welt ist also anschlussfähig an antidemokratische, rechtsextreme und gewaltbilligende Haltungen.

Für den Bereich der Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kann folgendes Zwischenfazit gezogen werden:

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht in einigen Elementen zurück, bleibt jedoch tief in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt. In Minden wird GMF weniger beobachtet als in anderen untersuchten Kommunen, aber auch hier existieren u. a. Fremdenfeindlichkeit und genderbezogene Feindlichkeit.

Rechts der politischen Mitte nimmt die Zustimmung zu GMF besonders zu. In Minden nutzen 52 % aufsuchende Formate der Demokratiearbeit; lediglich 41 % suchen aktiv nach Partnern jenseits der „Bubble“.

Der sozioökonomische Status beeinflusst GMF klar und konstant. In Minden findet Demokratiearbeit mehrheitlich im zentralen Bezirk und in ärmeren und mittel-wohlhabenden Gegenden statt.

Was ist zu tun?

Die Befragten der „Mitte-Studie“ sehen vor allem drei Ansätze:

- 47 % sehen vor allem die Sicherheitsbehörden in Verantwortung.
- 61 % wünschen mehr politische Bildung
- 81 %: »Schulen sollten Wissen und Verständnis für politische Zusammenhänge vermitteln«. 84 % meinen: »Schulen sollten Vorurteile und Diskriminierung abbauen.«

Und viele sind auch grundsätzlich bereit, sich selbst zu engagieren: 51 % sind bereit »selbst etwas gegen den Rechtsextremismus zu tun.«, 25 % teils-teils.

Aber 32 % sind unsicher: »Ich wüsste nicht, was ich gegen den Rechtsextremismus tun kann.«

In Minden sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Demokratiearbeit ausgesprochen gut, gerade im Vergleich zu anderen Kommunen. Vor allem die Vernetzung der Akteure untereinander ist solide und die Unterstützung durch Politik, Verwaltung und weitere Institutionen ist nachhaltig und belastbar. Allerdings werden auch in Minden Menschen bedroht, weil sie sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Das demokratische Netzwerk kann und sollte hier Schutz und Rückendeckung geben.

6. Umsetzung und Planung

Ausgangspunkte und Thesen

- Die äußerte Rechte ist weltweit sehr gut organisiert, auch in Minden
- Die Übergänge zwischen „Alter Rechte“ (Neo-Nazis), „Neuer Rechte“ und Rechtspopulismus sind zunehmend fließend
- Libertär-autoritäre Ideologien verstärken mit ihrem Primat auf Leistung und Nützlichkeit Vorstellungen von Ungleichwertigkeit subtil und werden immer attraktiver
- Die Demokratiebewegung konnte seit 2024 zwar breiter mobilisieren als je zuvor, es macht sich aber auch zunehmend Frustration und Enttäuschung breit
- Die „Neue Rechte“ behauptet, demokratisch zu sein, die Meinungsfreiheit zu verteidigen und den „Willen des Volkes“ zu vertreten.
- Demokratiefeindliche Haltungen werden massiv und gezielt über Social Media verbreitet, insbesondere an junge Menschen. Die den Plattformen zugrunde liegenden Algorithmen sorgen für Zuspitzung, Verzerrung und Polarisierung.
- Demokratie wird zu wenig „eingeübt“ und „ausgeübt“ in der Alltagserfahrung der Menschen
- Eine stabile und klare Haltung zur Demokratie ist in Teilen der Politischen Mitte nicht immer erkennbar
- Nach den Erkenntnissen der „Mitte-Studie“ kann sich mehr als die Hälfte der Befragten vorstellen, selbst gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden. Vielen fehlt allerdings die Vorstellung darüber, wie das gehen könnte.
- Der in der „Mitte-Studie“ angesprochene „Graubereich“ von Menschen, die nur in Teilen demokratiekritische oder demokratiefeindliche Haltungen zeigen, sollte mehr in den Fokus von Demokratietarbeit genommen werden.
- Eine klare Haltung zu Demokratie und Menschenrechten bleibt unverzichtbar. Es gibt keine Neutralitätspflicht gegenüber verfassungsfeindlichen Positionen und Parteien.
- Minden hat durch sein solides und nachhaltiges Netzwerk gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Demokratietarbeit.

Der Begleitausschuss (jetzt neu: das Bündnis) der Partnerschaft für Demokratie in Minden wird vor diesem Hintergrund und auf Grundlage der Ziele und Handlungsfelder (siehe Anhang) Umsetzungsschritte und Projekte für die weitere Arbeit diskutieren und erarbeiten.

Anhang

Ziele, Handlungsfelder und strategischer Ansatz

Strategie und Ziele des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“

Die grundsätzlichen Ziele des Bundesprogramms sind in der Förderrichtlinie „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 20. November 2024 festgelegt. Darin heißt es:

„Ziel der Förderung ist es, zur Stärkung der Demokratie und zu einem friedlichen, respektvollen Zusammenleben beizutragen, Teilhabe zu fördern sowie die Arbeit gegen jede Form von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit zu ermöglichen.“

Strategie und Ziele des Förderprogramms sind kontinuierlich weiterentwickelt und evaluiert worden und reagieren somit auf aktuelle Entwicklungen:

"Demokratie leben!" ist bereits seit 2015 als lernendes Bundesprogramm konzipiert. Es reagiert auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Für die 3. Förderperiode (2025 bis 2032) hat das Bundesfamilienministerium das Bundesprogramm angepasst und dabei die Ziele und Strukturen neu justiert und stärker fokussiert – vor allem mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und auf Grundlage der gewonnenen Erfahrungen aus der 1. Förderperiode (2015 bis 2019) und 2. Förderperiode (2020 bis 2024).

Der bisherige Dreiklang der Programmziele bleibt erhalten: "Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen".

Demokratie fördern

„Demokratie leben!“ stärkt das Bewusstsein für demokratische Rechte und fördert die demokratische Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den geförderten Projekten geht es um grundlegende Prinzipien wie Gleichwertigkeit, Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und gesellschaftliche Teilhabe an politischen Prozessen. Insbesondere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden dabei unterstützt, ihre Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen.“

Vielfalt gestalten

„Demokratie leben!“ erarbeitet Lösungen, um allen Menschen ein diskriminierungsfreies Leben zu ermöglichen. Deshalb unterstützen die geförderten Projekte die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt. Ziel ist es, dass unsere Gesellschaft Vielfalt als Chance begreift und die damit verbundenen Widersprüche und Konflikte konstruktiv bearbeitet.“

Extremismus vorbeugen

„Demokratie leben!“ will die Entstehung demokratie- und menschenfeindlicher Haltungen sowie extremistischer Einstellungen verhindern und Radikalisierungsprozesse frühzeitig unterbrechen. Das schließt neben Rechtsextremismus auch islamistischen Extremismus, linken Extremismus und Hass im Netz mit ein.“

Durch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen schafft das Programm geeignete Rahmenbedingungen und treibt gleichzeitig unter anderem die Weiterentwicklung der pädagogischen Fachpraxis, der Beratung und des demokratischen Engagements voran.

Das Bundesprogramm ist in seiner 3. Förderperiode (2025 bis 2032) Teil der Strategie "Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus – Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft". Damit ist "Demokratie leben!" ein zentrales Element der Arbeit der Bundesregierung.“

Strategie "Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus

Die Strategie baut auf bestehenden Strukturen, Programmen und politischen Strategie-Vorhaben des Bundes auf und setzt zugleich neue Akzente. Sie ist Grundlage eines gemeinsamen zielorientierten Handelns der Bundesregierung und soll die Demokratie von innen heraus stärken und demokratiegefährdenden Entwicklungen noch effektiver begegnen.

Die Stärkung der Demokratie und die nachhaltige Bekämpfung von Extremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit, Sexismus, LSBTIQ-Feindlichkeit und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes.*

Ziel ist es dabei, unsere vielfältige demokratische Gesellschaft zu stärken, politische Bildung und demokratische Teilhabe voranzubringen, demokratiefeindlichen und extremistischen Tendenzen präventiv zu begegnen, gegen Hasskriminalität im Netz und Desinformation konsequent vorzugehen und verfassungsfeindliche Bestrebungen entschlossen zu bekämpfen.

Mit den vielen verschiedenen Maßnahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" trägt das Bundesfamilienministerium maßgeblich zur Umsetzung der Strategie bei.

Ziele in der dritten Förderperiode (2025 -2032)

Ziel des Bundesprogramms ist es, zur Stärkung der Demokratie und eines friedlichen, respektvollen Zusammenlebens beizutragen, Teilhabe zu fördern und die Arbeit gegen jede Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit zu ermöglichen. Dazu wird auch weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen des Staates in den drei Handlungsfeldern "Demokratieförderung", "Vielfaltgestaltung" und "Extremismusprävention" gefördert.

Das Bundesprogramm unterteilt sich in fünf Programmbereiche: Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur, Landes-Demokratiezentren, Partnerschaften

für Demokratie, Innovationsprojekte und Extremismusprävention in Strafvollzug und Bewährungshilfe, hinzu kommen Sondervorhaben. Die Projektförderung setzt verstärkt auf Vernetzung, Wissensaustausch und bundesweite Qualitätsentwicklung. In der Regel wird eine längerfristige Gesamtförderdauer von bis zu acht Jahren ermöglicht.

<https://www.demokratie-leben.de/dl/programm/ueber-demokratie-leben>

Minden wird durch das Bundesprogramm im Programmbereich „Partnerschaften für Demokratie“ gefördert. Hierzu heißt es in der Förderrichtlinie „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (jetzt Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend) vom 20. November 2024:

*„Im Programmbereich „Partnerschaften für Demokratie“ werden Projekte kommunaler Gebietskörperschaften und Projekte von Zusammenschlüssen kommunaler Gebietskörperschaften gefördert, die eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteur*innen im Hinblick auf die Erreichung lokaler und kommunaler Ziele des Bundesprogramms gestalten. Eine Partnerschaft für Demokratie besteht aus einem „Federführenden Amt“, einer „Koordinierungs- und Fachstelle“, einem „Bündnis“ (bisher: Begleitausschuss) und einem „Jugendforum“. Die kommunale Gebietskörperschaft oder der Zusammenschluss kommunaler Gebietskörperschaften ist Zuwendungsempfänger und trägt die Verantwortung für die Partnerschaft für Demokratie. Der Zuwendungsempfänger bestimmt das Federführende Amt, das zu den Themen des Bundesprogramms arbeitet.“*

Strategische Grundüberlegungen der Partnerschaft für Demokratie in Minden

Als Grundlage der im ersten Handlungskonzept 2015 definierten Handlungsfelder ist in Anknüpfung an die bisherige Arbeit das Zielsystem des „Lokalen Aktionsplans“ (LAP) Minden aus dem bisherigen Förderprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ übernommen worden. Die lokale „Partnerschaft für Demokratie“ (Pfd) in Minden hat sich somit auf der Basis der bisher festgelegten und im Wesentlichen erfolgreichen Strategien sowie der in der praktischen Umsetzung in Projekten gemachten Erfahrungen fortentwickelt. So ist im Handlungskonzept 2017 eine erste behutsame Umformulierung bzw. Anpassung der Handlungsfelder und Ziele vorgenommen worden. Im Rahmen der Demokratiekonferenz 2024 sind dann, vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und langjährigen Erfahrungen, noch einmal weitreichendere Veränderungen bzw. Ausdifferenzierungen im Zielsystem vorgenommen worden.

Der grundlegende strategische Ansatz der „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden besteht in der Erkenntnis, dass das Eintreten für eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft sich nicht auf das Reagieren auf demokratie- und menschenfeindliche Positionen und Aktionen beschränken darf. Dies ist im Sinne einer Mobilisierung von Öffentlichkeit, einer Formulierung und Demonstration klarer Haltungen und Positionen sowie manchmal auch einer Verteidigung des öffentlichen Raumes zwar unverzichtbar, aber nicht ausreichend. Um aus dieser am Ende eher defensiven Situation herauszukommen, ist eine präventive und offensive Arbeit notwendig.

Zu diesem **strategischen Ansatz** gehören die im Folgenden thesenartig beschriebenen Erkenntnisse und Aspekte, die vor allem in ihren Wirkungszusammenhängen zu berücksichtigen sind.

- **Wer die eigene Geschichte kennt, kann leichter totalitäre Weltbilder kritisch hinterfragen.** Gerade die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts sowie die Kolonialgeschichte insbesondere vom 18. bis zum 19. Jahrhundert bieten ausreichend Anschauungsmaterial, zu welcher Unmenschlichkeit autoritäre Politikmodelle und rassistische Ideologien führen können. Eine lebendige Erinnerungskultur und kritische Aufarbeitung hilft, diese Erkenntnisse und historischen Erfahrungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Sie kann so demokratische und humanitäre Haltungen prägen und stabilisieren.
- **Eine gute und breit vermittelte politische Bildung ist eine „Lebensversicherung für Demokratien“.** Ein freiheitliches demokratisches System braucht deutlich mehr als regelmäßige Wahlen. Hierzu gehören neben dem Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten auch Grundrechte wie etwa die Meinungs- und Pressefreiheit sowie ein stabiles System von Machtverteilung und Machtbegrenzung wie etwa die horizontale (Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung, Rechtsprechung) und vertikale (in Deutschland Bund, Länder und Kommunen) Gewaltenteilung. Dieses funktionale Gesamtsystem ist komplex und erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Erlebbar werden kann das u. a. in einem lebendigen und öffentlich wahrnehmbaren politischen Diskurs und in ganz konkreter politischer, partizipativer Mitwirkung, insbesondere auf lokaler bzw. kommunaler Ebene.
- **Wer sich sozial abgehängt fühlt, ist eher bereit, autoritären Weltbildern zu folgen.** Dies geschieht insbesondere dann, wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihre eigenen Anstrengungen und Bemühungen, ihr Leben zu gestalten, wirkungslos bleiben. Eine faire und gerechte Verteilung von Lebenschancen stärkt deshalb demokratische Systeme. Starke soziale Ungleichheit begünstigt dagegen totalitäre Politikansätze.
- **Aufklärung und Bildung sind ein entscheidender Hebel, um freiheitliche und demokratische Gesellschaften dauerhaft stabil zu halten.** Zugänge zu Bildung fördern soziale Gerechtigkeit. Eine gute Bildung, die u. a. auch ganz lebenspraktische Kompetenzen vermittelt, kann die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht verschaffen. Gut (aus-)gebildete Menschen sind in der Regel

selbstbewusster und kritischer gegenüber autoritären und menschenfeindlichen Ideologien. Sie sind in der Lage, Fakten von Meinungen zu unterscheiden, kritisch mit Informationen umzugehen und können sich selbstbewusst und fundiert an demokratischen Diskursen und Entscheidungsfindungsprozessen beteiligen.

- **Eine offene Gesellschaft mit Integrationskraft macht sich immun gegen Hass, Ausgrenzung und Rassismus.** Ängste und Vorbehalte gegen vermeintlich oder tatsächlich Fremdes und Fremde haben, neben gesellschaftlichen, auch psychologische Ursachen. Grundsätzlich wirken solche Ab- und Ausgrenzungsimpulse in uns allen. Nähe und Begegnung helfen dabei, Unsicherheit und Vorurteile abzubauen. Das ist mitunter anstrengend und geschieht vor allem nicht von selbst, sondern erfordert aktives aufeinander zugehen. Dazu gehören auch eine offene Debattenkultur und die Bereitschaft, zuzuhören und einander mit Respekt zu begegnen.
- **Eine lebendige Demokratie braucht engagierte und aktive Bürger*innen vor allem vor Ort.** Sie darf nicht ausschließlich den gewählten Repräsentant*innen überlassen werden, auch wenn diese eine besondere Verantwortung haben und diese nicht in Frage gestellt werden soll. Das aktive „sich kümmern“ um die öffentlichen und damit gemeinsamen Angelegenheiten insbesondere auf lokaler bzw. kommunaler Ebene ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür. Gleichgültigkeit ist der Anfang vom Ende von Demokratie und Menschlichkeit. Sie müssen immer wieder fundiert und verteidigt werden.
- **Eine stabile Demokratie braucht stabile demokratische Institutionen und Menschen mit demokratischen Werten und Leitbildern, die diese tragen.** Sie können, neben einer wachen und engagierten Öffentlichkeit, dafür sorgen, dass Demokratien weniger krisenanfällig sind und populistisch-autoritären Angriffen von innen widerstehen. Wahlen alleine reichen hierfür nicht aus. Ein stabiles System von Machtbalance und Gewaltenteilung und die Menschen, die hier arbeiten und sich engagieren, sind unverzichtbar.

Zielsystem und Handlungsfelder

Aus diesen strategischen Überlegungen heraus ist das folgende Zielsystem der „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden entstanden.

Es besteht aus einem Leitziel und sechs Handlungs- bzw. Zielfeldern sowie einem Handlungsrahmen für die praktische Arbeit.

Das **Leitziel** ist die generelle und langfristige Orientierung für die Demokratie-Arbeit in Minden:

„Mindener Bürger*innen engagieren sich für Vielfalt, ein demokratisches Miteinander und Chancengleichheit. Sie leisten einen aktiven Beitrag für Integration, gegen Ausgrenzung und zum Erhalt einer freiheitlichen und menschlichen Gesellschaft.“

Um dieses generelle Ziel zu erreichen und vor allem Ansätze für konkretes Handeln und konkrete Projekte zu beschreiben, ist dieses Leitziel in sechs Handlungs- bzw. Zielfelder heruntergebrochen worden. Sie beschreiben einerseits ihre jeweiligen Handlungsfelder inhaltlich und konkretisieren andererseits jeweils einen Teilaspekt des Leitzieles. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte sollen entscheidende Wirkungsbeiträge liefern, um und vor allem auch in ihrem gegenseitigen Zusammenspiel, das Leitziel zu erreichen.

Allerdings stellen die sechs Handlungsfelder keinen abschließenden oder gar ausschließenden Rahmen für Projekte und Maßnahmen dar. Sie machen vielmehr, gerade in der Fortschreibung der aus ihnen resultierenden Handlungskonzepten, deutlich, wo sowohl aus den strategischen Ableitungen heraus als auch in der jeweils aktuellen Situation und vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen in der Arbeit des Bündnisses die Schwerpunkte gesetzt werden und gesetzt werden sollten.

Konkrete Projekte werden oftmals mehr als einem Handlungsfeld zuzuordnen sein bzw. Wirkungsbeiträge zu mehr als einem Zielfeld liefern. Die Handlungsfelder dienen insoweit nicht einer „Sortierung“ oder ausschließlichen Zuordnung von Projekten, sondern sollen als inhaltlicher Ausgangspunkt für die Entwicklung von Ideen für das konkrete Handeln dienen, das auch die strategischen Grundüberlegungen nicht aus den Augen verliert.

1. Handlungsfeld Aufklärung und Haltung

*Mindener Bürger*innen entwickeln politische, interkulturelle und historische Kompetenzen und eine rassismuskritische, offene Grundeinstellung Menschen anderer Herkünfte gegenüber. Sie kennen die Grundzusammenhänge eines freiheitlich-demokratischen Systems und wissen um ihre eigene Rolle und Verantwortung. Sie entwickeln eine kritische Medienkompetenz und unterscheiden Fakten von Meinungen.*

Demokratie braucht aufgeklärte Bürger*innen. Dazu gehören das Grundwissen um die Funktionszusammenhänge von freiheitlich-demokratischen Systemen ebenso wie die Kompetenz zum kritischen Umgang mit Medien und Informationen oder zur Unterscheidung evidenzbasierter Fakten von Meinungen oder Glaubenssätzen.

Minden ist eine offene, tolerante und vielfältige Stadt. Die übergroße Mehrheit der Menschen steht für eine demokratische und freiheitliche Gesellschaftsordnung. Damit das so bleibt, müssen den Bürger*innen Angebote gemacht werden, die ihre historische, interkulturelle und politisch-demokratische Kompetenz unterstützen und ausbauen können.

Projekte in diesem Handlungsfeld arbeiten deshalb u. a. an folgenden Themen:

- Demokratische Bildung und demokratisches Wissen
- Historischen Zusammenhänge und Erinnerungskultur
- Kritischer Umgang mit Medien und Informationen
- Wissenschaftliche Evidenz und Fakten
- Grundwerte einer freiheitlichen Gesellschaft

2. Handlungsfeld Engagement organisieren

*Mindener Bürger*innen engagieren sich für eine bunte, vielfältige Stadt und eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft.*

Ziel von Projekten in diesem Handlungsfeld ist die Schaffung einer Basis für ein aktives Engagement von Bürger*innen für Demokratie, Menschenrechte und ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Weltanschauungen. Dies geschieht durch das Angebot von ganz unterschiedlichen Veranstaltungen und Formaten, die immer auch Aktivierungselemente enthalten sollen.

Zielgruppe sind hier prinzipiell alle Bürger*innen der Stadt. Eine besondere Zielgruppe sind junge Menschen. Das Jugendforum (Alter 14 – 27 J.) spielt somit für dieses Handlungsfeld eine wichtige Rolle. Gefragt sind Projekte, die niedrigschwellig sind und sowohl an das private als auch an das schulische Umfeld anknüpfen und an die Bedürfnisse von Jugendlichen angepasst sind.

Projekte in diesem Handlungsfeld arbeiten deshalb u. a. an folgenden Themen:

- Erfahrung sammeln und erleben beim eigenen Engagement
- Entwickeln und ausprobieren von verschiedenen Formen von Engagement

- Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement für Demokratie, Vielfalt und Zusammenleben
- Kompetenz entwickeln für Engagement

3. Handlungsfeld Teilhabe organisieren

*Mindener Bürger*innen haben vielfältige Möglichkeiten der Mitwirkung bei stadtgeseftlichen und stadtpolitischen Entscheidungen und erfahren dabei Selbstwirksamkeit. Sie finden und nutzen wirtschaftliche und soziale Teilhabemöglichkeiten und können am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Sie erleben sich integriert in Ihre Stadtgesellschaft.*

Menschen werden sich identifizieren mit unserem freiheitlich-demokratischen System, wenn sie sich als Subjekte erleben können, die mitwirken und mitgestalten können. Das muss deutlich über die Teilnahme an Wahlen hinausgehen. Sie wollen außerdem wirtschaftlich und sozial teilhaben können. Das muss konkret erlebbar gemacht werden und das geht oft sehr unmittelbar auf kommunaler Ebene.

Wichtige Akteure in diesem Handlungsfeld sind Politik und Wirtschaft, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die innovative Teilhabeformen entwickeln, vorschlagen und ausprobieren.

Projekte in diesem Handlungsfeld arbeiten deshalb u. a. an folgenden Themen:

- Beteiligungsformen und -formate für Bürger*innen auf kommunaler Ebene
- Soziale und wirtschaftliche Teilhabe ermöglichen
- Innovative Beteiligungsformate
- Erfahrungsräume für Selbstwirksamkeit anbieten

4. Handlungsfeld Personalentwicklung Politiker*innen

*In Minden engagieren sich Bürger*innen in demokratischen Parteien und Wählervereinigungen. Die Kommune unterstützt das aktiv, die Stadtgesellschaft begleitet das kritisch, aber wertschätzend. Die Parteien und Wählergemeinschaften arbeiten gemeinsam mit der Stadtgesellschaft an demokratischen Leitbildern und kümmern sich aktiv um politischen Nachwuchs.*

Eine repräsentative Demokratie braucht Menschen, die auf Zeit in die politische Verantwortung gehen. Das ist auf kommunaler Ebene fast ausschließlich ehrenamtlich und bedarf der Unterstützung, Wertschätzung und Kompetenzvermittlung. Ebenso wichtig sind vielfältige Verbindungen und ein reger Austausch zwischen Parteien und Wählergemeinschaften sowie der Gesellschaft gerade auf kommunaler Ebene. Parteien und Wählergemeinschaften sollten sich, ggf. auch gemeinsam, um die Gewinnung von Nachwuchskräften, die Kompetenzvermittlung im kommunalpolitischen Geschäft und die Entwicklung demokratischer Leitbilder kümmern.

Projekte in diesem Handlungsfeld arbeiten deshalb u. a. an folgenden Themen:

- Nachwuchsgewinnung für die Kommunalpolitik
- Schulung und Mentoring für kommunalpolitischen Nachwuchs
- Demokratische Werte und Leitbilder in der Kommunalpolitik
- Begegnung zwischen aktiven Kommunalpolitiker*innen und Bürger*innen

5. Handlungsfeld Entwicklung und Management der Institutionen der demokratischen Gesellschaft

*In Minden sind sich die kommunalen und staatlichen Institutionen über ihre Rolle beim Erhalt und der Weiterentwicklung einer stabilen Demokratie bewusst. Sie entwickeln demokratische Leitbilder und lassen diese deutlich in Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiter*innen einfließen. Sie arbeiten transparent und auf der Grundlage der demokratischen Rechtsordnung. Die Bürger*innen vertrauen Ihnen und begleiten ihre Arbeit kritisch, aber wertschätzend.*

Stabile Institutionen sind, insbesondere in krisenhaften Zeiten des Wandels, wichtig für eine stabile demokratischen Ordnung. Die Mitarbeiter*innen dieser Institutionen tragen deshalb eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Sie müssen deshalb sorgfältig ausgewählt und ausgebildet werden. Demokratischen Werte und Leitbilder müssen eine besondere Rolle dabei spielen. Das ist vor allem durch die Führungsebenen dieser Institutionen sicherzustellen. Die Stadtgesellschaft sollte die Arbeit dieser Institutionen kritisch begleiten und wertschätzen.

Projekte in diesem Handlungsfeld arbeiten deshalb u. a. an folgenden Themen:

- Demokratische Leitbilder und Werte im öffentlichen Dienst
- Transparente Verwaltungen
- Feedback für Verwaltungen und Institutionen

6. Handlungsfeld Zusammenleben gestalten

*Die Bürger*innen in Minden engagieren sich für eine tolerantes, offenes und wertschätzendes Zusammenleben in ihrer Stadtgesellschaft und in ihren Stadtteilen. Sie schätzen die Vielfalt und tragen Konflikte und unterschiedliche Interessen friedlich und konstruktiv miteinander aus. Sie pflegen Nachbarschaften und Begegnung und sind neugierig auf neue Perspektiven.*

In Zeiten von Parallelgesellschaften und Meinungsblasen sowohl im virtuellen als auch im realen Leben sind die Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft ein entscheidender Schlüssel, um menschenfeindliche und intolerante Grundhaltungen zu verhindern. Kooperationen vielfältiger Art sind darüber hinaus wirkungsvolle Wege, sowohl soziale als auch kulturelle Integration zu erreichen. Projekte in diesem Zielfeld schaffen und unterstützen Begegnungen und damit Austausch und Nähe (Empathie), Diskurs und Verständnis. Sie helfen dabei, selbstgewählte oder unfreiwillige Isolation zu überwinden. Sie helfen dabei, ein konstruktives, offenes und gewaltfreies Stadtklima zu schaffen und zu erhalten.

Projekte in diesem Handlungsfeld arbeiten deshalb u. a. an folgenden Themen:

- Begegnungen organisieren
- Wertschätzende und gewaltfreie Kommunikation
- Kooperationen in Nachbarschaften und Stadtteilen
- Diskurs-, Streit- und Debattenkultur
- Toleranz und Offenheit

Handlungsrahmen für die Partnerschaft für Demokratie in Minden: Vernetzung und Verbindlichkeit

Die handelnden Personen und Institutionen im Rahmen dieser Gesamtstrategie vernetzen sich konstant und schaffen verbindliche und nachhaltige Strukturen zur Erreichung der Handlungsziele 1 bis 6.

Demokratiearbeit in Minden soll nachhaltig sein und braucht stabile und verlässliche Strukturen. Die Akteur*innen sollen sich vernetzen und gegenseitig stärken und unterstützen. Der Austausch über Ergebnisse und Erfahrungen hilft auch bei der inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung und stärkt das Bündnis insgesamt. Die lokalen Medien können und sollten dies nach Möglichkeiten unterstützen und die Akteur*innen und ihre Arbeit für die Öffentlichkeit sichtbar machen. Die Projekte im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie sollten idealer Weise selbst kooperativ und vernetzt angelegt sein. Dieser Handlungsrahmen schafft damit die strukturelle Basis für die inhaltlichen Handlungsfelder 1 bis 6.

Die Demokratiekonferenz im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ selbst ist als obligatorischer jährlicher Informations- und Netzknoten vom Bundesprogramm vorgegeben. Darüber hinaus gewährleistet der Begleitausschuss durch seine Zusammensetzung und seinen mindestens vier bis fünf Sitzungen p. a. einen kontinuierlichen Austausch wesentlicher Akteur*innen der Stadtgesellschaft.

Zum Netzwerk der „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden gehören neben den traditionell schon aktiven Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen vor allem Medien, Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften, Parteien sowie Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften. Ihre Multiplikatorenfunktion ist erheblich und für die öffentliche Wahrnehmbarkeit der Arbeit wichtig. Wichtiger Teil des Netzwerkes ist auch die Stadt Minden selbst mit ihren Facheinheiten und als Körperschaft insgesamt. Sie sichert Kontinuität, Verbindlichkeit, Professionalität, Ressourcen und Durchsetzungskraft.

Die Netzwerkarbeit im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie geht weiter über die Grenzen der Stadt regional und überregional hinaus. Diese Verbindungen und Vernetzungen sind ein unverzichtbares Mittel zum Austausch von Informationen und Erfahrungen.

Hinweis:

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.